

Bezugspreis:

Vom 21. — 27. Oktbr. 1923 500 Millionen M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband vom 21. — 27. Oktober für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet sowie Österreich u. Luxemburg 1470 Millionen für das übrige Ausland 1520 Millionen Postbezugspreis freibleibend.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Gieblung und Kleingarten“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295 Verlag: Dönhofs 2506-2507

Mittwoch, den 24. Oktober 1923

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Postfachkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direction der Distrikts-Gesellschaft, Postfachkonto Lindenstraße 3

Anzeigen-Grundpreise:

Die einpaltige Nonpareilgröße 400 Mark, Reklamgröße 2000 Mark. „Kleine Anzeigen“ das selbgedruckte Wort 120 M. (zulässig zwei selbgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 M. Stellengefühe das erste Wort 60 M., jedes weitere Wort 50 M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 60 M. Alle Grundpreise mal Schlüsselzahl kurzzeit 12 Millionen.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Die Gewerkschaften beim Reichskanzler. Ausgabe wertbeständigen Geldes.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes trat am Dienstagmittag zu einer außerordentlichen Vorstandssitzung zusammen, um zu der überaus bedrohlichen Lage Stellung zu nehmen. Es herrschte nur eine Meinung darüber, daß unverzüglich durchgreifende Maßnahmen ergriffen werden müßten, um die Not der breiten Massen zu lindern. Man war sich klar darüber, daß sofort wertbeständige Zahlungsmittel herausgegeben werden müßten, um die Warenverteilung wieder in Fluß zu bringen. Eine Abordnung des Bundesvorstandes wurde zum Reichskanzler entsandt, der in Gemeinschaft mit den zuständigen Ressortministern auch sofortige Hilfe im Sinne der gewerkschaftlichen Vorschläge zusagte.

Wie wir noch in später Nachtstunde erfahren, hat der Reichskanzler den Forderungen der Gewerkschaften Rechnung getragen, indem er den Druck eines sofort in den Verkehr zu bringenden wertbeständigen Zahlungsmittels für Lohn- und Gehaltsempfänger angeordnet hat. Diese und andere Maßnahmen werden der Bevölkerung durch öffentlichen Anschlag bekanntgegeben werden. Ueber die weiteren Forderungen wird zur Stunde noch mit den Ressortministern verhandelt.

An die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Der ADGB hat gestern im Beisein von Beauftragten der deutschen Spitzenkörper der Reichsregierung folgende Forderungen zur Behebung der gegenwärtigen katastrophalen Notlage der Arbeitnehmerschaft in ultimativer Form unterbreitet:

- 1. Sofortige Schaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels für Lohn- und Gehaltsempfänger. 2. Heranschaffung und Bereitstellung der notwendigen Lebensmittel. 3. Anpassung der Löhne an die Geldentwertung ohne Rücksicht auf die bestehenden Tarifverträge. Sollte die Reichsregierung diese Forderungen nicht umgehend verwirklichen, werden die Spitzenorganisationen zu weiteren Maßnahmen greifen.

Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend. Sabbath.

Allgemeiner Freier Angestelltenbund, Ortskartell Berlin. Jlatau. Wenzjor.

Allgemeiner Deutscher Beamtenbund, Ortsauschuß Berlin. Roette.

Erleichterung der Brotversorgung.

Ämlich wird mitgeteilt: Die Reichsregierung hat, um die Schwierigkeiten zu überwinden, den Mühlen, dem Handel und den Bäckern Kredite zur Verfügung gestellt und den bedürftigsten Teilen der Bevölkerung nach Möglichkeit durch entsprechende Aufwertung der Renten zu helfen gesucht. Von besonderer Bedeutung sind aber die Bemühungen um Einföhrung eines wertbeständigen Zahlungsmittels. Nachdem die Verordnung über die Rentenbank ergangen ist, kann in ganz naher Zeit mit wertbeständigem Geld gerechnet werden. Diese Zeit gilt es zu überbrücken. Dazu ist aber auch erforderlich, daß das Publikum selbst Ruhe behält und nicht durch Angstkäufe oder gar durch Plünderungen künstlich eine Knappheit herbeiführt.

Um den Bedarf der nächsten Monate zu decken, ist genug Getreide vorhanden, und die Reichsgetreidestelle verfügt über genügende Bestände, um bei etwaiger Knappheit auszuheifen. Aus ihrer Reserve können alle Bedarfsgemeinschaften Getreide zum Tagespreis zur Lieferung an Mühlen, die sie selbst bestimmen, anfordern, und zwar in einer Höhe von drei Viertel der bisherigen Markentraktion. Die Reichsgetreidestelle hat zahlreichen Kommunalverbänden auf diesem Wege bereits geholfen, so daß eine Sorge, daß es an Getreide fehlen könnte, nicht zu bestehen braucht.

Die zweite große Schwierigkeit, die es zu überwinden gilt, ist die Beschaffung des Geldes, das zum Ankauf und zur Verarbeitung des Getreides erforderlich ist. In dieser Richtung sind schon seit Monaten von den beteiligten Stellen die erforderlichen Vorkehrungen getroffen worden. Um die Mühlen, Händler und Bäckereien in den Stand zu setzen, die ihnen zufallende Aufgabe bei der Bewegung des Getreides durchzuführen, sind ihnen beträchtliche Kredite durch Vermittlung der Reichsregierung gewährt worden. Aus Kreisen der Bäder sind in den letzten Tagen Klagen laut geworden, daß die ihren Organisationen ge-

währten Kredite nicht ausreichen. Durch Verhandlungen, die gestern zum Abschluß gebracht sind, ist es gelungen, für diese Kredite wesentliche Erleichterungen zu verschaffen.

Auch darüber hinaus wird überall heftig eingegriffen, so daß damit gerechnet werden kann, daß das erforderliche Brot zum Verbrauch zur Verfügung steht. Ein dringender Appell muß aber an alle gerichtet werden, nicht durch übermäßige Einkleidung und Angstkäufe die Lage zu erschweren. Nur wenn alle das beherzigen, wird auch das Anstehen an den Bäckereien, das neuerdings wieder Platz greift, und das Unruhe schafft und Zeit kostet, ein Ende finden können.

Das wertbeständige Geld.

Die Ausgabe größerer Mengen wertbeständiger Zahlungsmittel beginnt in den nächsten Tagen. Folgende Maßnahmen sind ergriffen:

- 1. Stücke der Goldanleihe sind ununterbrochen gedruckt worden, bis vor einiger Zeit aber hauptsächlich größere Stücke zur Befriedigung der Zeichnungen. Stücke über 1, 2 und 5 Dollar werden noch in dieser Woche in größerer Zahl zur Verfügung stehen. Ab Ende dieser Woche werden täglich etwa für 8 Millionen Goldmark Goldanleihestücke hergestellt werden. 2. Um schon in wenigen Tagen Zahlungsmittel auch über kleinere Beträge in den Verkehr zu bringen, ist sofort die Herstellung von Zwischenscheinen der Goldanleihe beschlossen worden, die über 1/10, 1/4 und 1/2 Dollar lauten werden. Der Druck hat bereits begonnen. 3. Industriellen Werken, die eine für wertbeständiges Geld geeignete Sicherheit bieten können, wird auf Antrag die Genehmigung zur Ausgabe wertbeständigen Notgeldes erteilt, damit recht bald ein Teil des Lohnes wertbeständig gezahlt werden kann. 4. Die Arbeiten für den Druck der Rentenmarktscheine erleiden durch die beschriebenen Maßnahmen keine Unterbrechungen, sondern werden mit der gleichen äußersten Beschleunigung wie bisher fortgeführt.

Berlin, den 23. Oktober 1923.

Der Reichskanzler gez. Dr. Stresemann.

Der Reichsminister der Finanzen gez. Dr. Löhner.

Der Reichswirtschaftsminister gez. Koch.

Das steuerfreie Einkommen.

4-5 Proz. Lohnabzug.

Trotz der wöchentlichen und automatischen Anpassung des Lohnabzuges an die Geldentwertung sind die von den Arbeitern gezahlten Steuerbeträge in den letzten Wochen wesentlich über das Normalmaß hinausgegangen. Je stärker die Geldentwertung war und je mehr der Reallohn sank, um so größer wurde die Steuerbelastung. In der laufenden Woche würde das dazu führen, daß zwischen 8 und 9 Proz. des ungeheuer tief gekunkenen Lohnes für Steuerleistungen zu entrichten sind. Infolgedessen haben am Montag Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beim Reichsfinanzministerium Vorstellungen erhoben, damit noch in dieser Woche eine Erhöhung der steuerfreien Beträge um das Doppelte erfolgt. Das Reichsfinanzministerium aber erklärte dieses Verlangen für technisch undurchführbar und mit so zahlreichen Ungerechtigkeiten verknüpft, daß es keine Anwendung nicht anordnen könne. Man anerkannte jedoch, daß der Lohnabzug zu hoch sei und versprach eine Tendenz für die Neuregelung der nächsten Woche. Es soll durch eine völlige Anpassung der Ermäßigungsätze an die Geldentwertung erreicht werden, daß der Lohnabzug künftig nur zwischen 4 und 5 Proz. des Lohnes ausmacht.

Die Vorschüsse an Erwerbslose.

Ämlich wird gemeldet: Nach den geltenden Bestimmungen sind die Gemeinden ermächtigt, in der Mitte jeder Woche Vorschüsse auf die Erwerbslosenunterstützung in Höhe der Sätze auszusahlen, die für die vorhergehende Woche festgesetzt sind. Mit Rücksicht auf die katastrophale Geldentwertung hat der Reichsarbeitsminister nunmehr die Gemeinden ermächtigt, in dieser Woche die Vorschüsse zu verdoppeln, also insgesamt Vorschüsse in der doppelten Höhe der Unterstützungen, die für die vorhergehende Woche festgesetzt sind, auszusahlen. Die Ermächtigung gilt sowohl für das besetzte, wie das unbesetzte Gebiet.

Bayern und der Reichsrat.

Der Reichsrat soll heute über den bayerischen Verfassungsbruch beraten. Man munkelt davon, daß die Absicht bestehe, den in der Verfassung vorgesehenen Staatsgerichtshof anzurufen, der über strittige Verfassungsfragen zu entscheiden hat und nicht zu verwechseln ist mit dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik. Mag der Staatsgerichtshof beraten und urteilen. Er wird dazu Wochen brauchen. Will man etwa die in untätigen Warten verbringen? Dann wird man schließlich erfahren, daß man Recht — gehabt hat, aber bekommen wird man es nie wieder!

Durch Verhandlungen und Beratungen könnte der Anschein erweckt werden, als ob irgend etwas in dem Fall Löffow-Kahr rechtlich zweifelhaft wäre. Nichts ist indessen falscher als eine solche Annahme. Ein Münchener Rechtslehrer, Prof. Rothenbücher, hat ein Rechtsgutachten an das bayerische Ministerium geschickt, das wir weiter unten dem Inhalt nach wiedergeben. Es wird bei den Empfängern wahrscheinlich wie ein kalter Wasserstrahl wirken und seine Verbotskraft in Bayern deshalb ebenso wahrscheinlich verboten werden, wie das ja auch mit dem Befehl des Generals v. Seekt an die Truppen der bayerischen Division der Fall war. Aber auch ohne ein besonderes Rechtsgutachten wäre die Lage nicht zweifelhaft für den, der die Dinge nicht absichtlich verdrehen will: Wenn auf Grund des Ausnahmezustandes der Reichswehrminister als alleiniger Inhaber der vollziehenden Gewalt im Reich eingeseht ist und die Ausübung seiner Befugnisse in den einzelnen Wehrkreisen seinen militärischen Organen übertragen hat, dann kann doch nicht der leiseste Zweifel darüber bestehen, daß die Wehrkreiscommandeure dem Befehl des „Inhabers der vollziehenden Gewalt“ unterstehen; und daß, wenn einer von ihnen die Ausführung eines Befehls ausdrücklich verweigert, er sich der militärischen Meuterei schuldig macht, also verdient, sofort abgesetzt und — abgeurteilt zu werden. Die deutschnationale Presse — vor allem die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ — fabuliert davon, daß die Demokratie einen „militärischen Radwergewerkschaften“ fordere, der „in der früheren Armee jedenfalls niemals gegolten hat“. Wie vergeblich doch die Herrschaften sind, wenn es ihnen in den Kram paßt! Sie denken nicht mehr an die Zabern-Affäre, wo um einer Lappalie willen das Elsch schon im Frieden durch preußische Offiziere praktisch den Franzosen ausgeliefert wurde. Sie haben vergessen den berühmten Ausbruch Etards von Oldenburg-Danufchau, daß der deutsche Kaiser jeden Augenblick in der Lage sein müßte, einem „Leutnant mit zehn Mann“ zu befehlen, den Reichstag auseinanderzujagen!

Das war die Auffassung vom militärischen Gehorsam, wie sie in der alten Armee gang und gäbe war: Der Vorgesetzte befehligt, der Untergebene hat zu gehorchen und nach der Rechtmäßigkeit des Befehls nicht zu fragen! Heute aber wird der Rebell Löffow gefeiert, weil er offen den Gehorsam verweigert und seine Untergebenen zum Hochverrat gegen das Reich verleitet! Die Verteidiger des Kahr und Löffow sind dieselben, die sich über den Verfassungseid der sächsischen Kommunisten aufregten.

Aber den Rechtsstandpunkt in allen Ehren: Was wird erreicht, wenn Reichsrat und Staatsgerichtshof über sie beraten? Es wird kostbare Zeit vergeudet, die besser zum Handeln gebraucht würde. Der offenen Rebellion der bayerischen Regierung und ihres Reuterergenerals müßten Schlag auf Schlag die Maßnahmen der Reichsregierung folgen, die geeignet waren, die Reichsautorität auch in Bayern zu sichern. Statt dessen wird tagelang beraten, in Rheinland folgen die Dörten, Smeets und Deckers den Kahr'schen Spuren, der Dollar springt auf 100 Milliarden! Aber gewisse bürgerliche Reichsminister hindern durch ihre „Mittlerrolle“ das Reich daran, sich selbst zu erhalten, indem es den bayerischen Hochverräter seine Stärke zeigt.

Inzwischen zerfällt das Reich, die Wirtschaft, der letzte Rest von Kredit! Kahr wiederholt sein heuchlerisches Gerede von „christlicher und deutscher“ Weltanschauung gegen „marxistisch-undeutsche“ so aufdringlich, daß sogar dem Stegerwald-Blatt in Berlin die Sache zu widerlich wird. Aber die Reichsregierung findet keinen Entschluß, der dem Treiben ein Ende macht.

Löffow funkt, Kahr verbietet, die Regierungen der Länder und die Wehrkreiscommandeure außerhalb Bayerns versichern ihre Treue zum Reich. Aber es geschieht nichts! Im Reichsrat wird Anklage gestellt sein — vielleicht daß der deutschnationale Ministerpräsident von Mecklenburg-Strelitz ihm Sekundanten-

Dollar in New York: 95,24 Milliarden Mark (Mittelturs)

dienste leistet —, aber all das wird weder Knüttel noch Rastr noch Vossow veranlassen, ihren Lufstand gegen das Reich einzustellen. Was tut das Reich? Was will es tun? Wir fordern keinen Bürgerkrieg, aber was in Sachsen überflüssigerweise als Recht verkündet ist, soll in Bayern nicht unbillig sein. Es gibt Mittel, um das Recht wiederherzustellen. Man wende sie endlich an!

München mit dem Reich verbunden.

München, 23. Oktober. (W.Z.) In der heutigen Sitzung des Stadtrates München gaben die Stadtratsfraktionen mit Ausnahme der Fraktion der Bayerischen Volkspartei eine Erklärung ab, in der hervorgehoben wird, daß der Stadtrat mit Bedauern von den neuerlichen schweren Differenzen zwischen Bayern und dem Reich Kenntnis genommen habe. Die Besorgnisse des Stadtrates ergäben sich aus den vielen engen Zusammenhängen des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens der Stadtgemeinde mit dem Reich. Hinsichtlich der Brotversorgung, der Erwerbslosenfürsorge, des Steuerwesens sowie auf anderen wichtigen Gebieten der wirtschaftlichen und sozialen Fürsorge sei die Stadt auf Zuschüsse des Reiches angewiesen. Der Stadtrat spreche die Erwartung aus, daß solche Schädigungen vermieden werden. Demgegenüber ließ die Stadtratsfraktion der Bayerischen Volkspartei erklären, sie stehe auf dem Standpunkt, daß in einem politischen Konflikt der Stadtrat als Verwaltungsbehörde nicht Stellung zu nehmen berufen sei.

München, 23. Oktober. (W.Z.) Der württembergische Staatspräsident Dr. Hieber ist heute nachmittags in München eingetroffen und hat den bayerischen Ministerpräsidenten Dr. v. Krieger besucht. Er reist heute Abend 9 Uhr nach Berlin weiter.

Ein Rechtsgutachten über den Rechtsbruch.

München, 23. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Staatsrechtslehrer an der Universität München, Professor Rothemann, hat dem bayerischen Ministerpräsidenten ein Gutachten über das Rechtsverhältnis zwischen Bayern und dem Reich hinsichtlich des von beiden verhängten Ausnahmezustandes vorgelegt. Hierin heißt es, daß durch den Ausnahmezustand des Reiches die Maßnahmen der bayerischen Regierung nur soweit als noch in Kraft befindlich erachtet werden können, als sie die Anordnungen des Reichspräsidenten ergänzen, in keinem Fall aber, soweit sie ihnen widersprechen. Eine Anerkennung des Generalkommissars durch das Reich war für das Reich nicht erforderlich, da die Einsetzung eines militärischen Befehlshabers genügt. Der Befehl des Reichswehrministers an Vossow hat die bayerische Polizeihohheit nicht verletzt; denn diese besteht nach der Reichsverfassung nur im Rahmen der Reichsverfassung und unterliegt daher den Beschränkungen, die diese Verfassung vorsieht. Wenn die bayerische Regierung den Befehl des Reichswehrministers für unechtmäßig erachtet, so war sie berechtigt, den Staatsgerichtshof anzurufen; sie ist jedoch nicht berechtigt, in den Bereich der Reichswehr einzugreifen. Insbesondere kann sie den bayerischen Teil der Reichswehr der Befehlsgewalt des Reichspräsidenten nicht entziehen. Der Schluß des Gutachtens beschäftigt sich mit der Ernennung und Abberufung des Landeskommandanten nach dem Reichswehrgesetz, wobei Prof. Rothemann zu folgendem Ergebnis kommt: Auf Grund gewissenhafter Prüfung bin ich sonach zu der Rechtsüberzeugung gelangt, daß die von den einzelnen verantwortlichen Ministern nicht unterschriebene und nicht gemäß § 75 der Verfassungsurkunde ordnungsgemäß begründete Bekanntmachung des bayerischen Gesamtministeriums vom 20. Oktober 1923, die den bayerischen Teil der Reichswehr dem Oberbefehl des Reichspräsidenten zu entziehen und aus dem Bereich der Reichswehr zu lösen beabsichtigt, unzulässig und rechtswidrig ist.

Die Rechtsauffassung der Reichsregierung deckt sich mit dieser Auffassung des Münchener Rechtslehrers vollkommen.

Der „Stettiner Volksbote“ verboten. Wie in später Nachtstunde gemeldet wird, hat das Wehrkreiskommando Stettin unser Parteiorgan, den „Volksboten“, auf drei Tage verboten.

Der Wunderknochen.

Von tchatcha.

Gemeint ist nicht der vom frommen Bozarian, oder die Spitter, die in Heiligenstadt aufbewahrt werden. Es handelt sich um einen ganz gewöhnlichen Beinchen von einer alten Kuh.

Von Kalur aus bin ich gegen tierische Gebeine aller Art sehr mißtrauisch, besonders wenn sie in Allos oder in Pfunden mit abgegeben werden. Wie oft habe ich als Junge die Fleischpakete wieder wegtragen müssen, weil der Metzger zu freigebig mit den Knochen gewesen war. Er hatte zwar im Laden ein Schild hängen:

Däsen, Kälber, Rinder, Schweine
Kaufe ich mit dem Gebeine;
Darum muß beim Fleischverwieg
Jeder etwas Knochen kriegen. . .

Aber der gute Mann schien es mit den Knochen auf uns abgesehen zu haben. Kurz, ich bin mißtrauisch.

Aber dieser Unglaube wurde kürzlich stark erschüttert. Ich war bei lieben Leuten zum Besuch, schon auf dem Bahnhof hörte ich, daß sie einen Knochen im Hause hätten, der geradezu ein Wunder einer Fettquelle sei. Obendrein war es ein geschnittener — Großvater hatte ihn als Rentner vom Metzger bekommen. Immerhin — er war da.

„Wir kochen ihn schon acht Tage und er gibt immer noch Suppen wie — wie —“

Ludo, der Sohn vom Hause, schmagte mit den Lippen, seine Augen glänzten, ich wußte genug.

Ich muß schon sagen, er hat nicht gelogen. Eine Suppe, wie Del. Ein einziges großes Auge; dann die grüne Lunte, ein Fettmeer.

„Sie ist von unserem Knochen“, hörte ich immer wieder. Der Bezauberter war „vom Knochen“. Das Bratenfett „aus dem Knochen“.

„Unser Knochen“ war das Schlagwort in der Familie. Das wunderbare Gebeine schien unendliche Vorräte an Markt (keine Papiermarkt) zu enthalten.

„Den kann ich noch wochenlang kochen“, meinte Mutter, „der ist ausgiebig. So was von Fett!“

Großvater schwelgte in Wonne, daß sein Beitrag solche Wunder wirkte.

Wir kam die Sache böhmisch vor, fintenmalen das Stück Bein „an sich“ gar nicht rechtwürdiges aufwies. Richtigegehende Marktknochen werden doch nach und nach wie Zucker, der hier blüht hart und glänzend wie Stahl. Trotzdem diese Fettenergien, als ob er für die sieben fetten Jahre bestimmt wäre.

Ich beobachtete den Knochen sehr genau, ich staht mich heimlich

Eine Staatsstreichrede Hergts.

Hoch Bayern! Fort mit Ebert und Stresemann!

In einer Versammlung der Deutschnationalen in Neukölln feierte Hergt das Vorgehen Bayerns gegen das Reich und führte dabei aus:

Wahrscheinlich nimmt die Reichsregierung an, daß Herr v. Kahr und General v. Lossow zu Kreuze kriechen werden. Das ist jedoch eine Hoffnung. Die einzige Lösung ist, den Kleinsten verhandeltsten Fall in Vergessenheit geraten zu lassen. Es kann kein Kompromiß hier geben. Die Lösung kann nur sein, daß die Reichsregierung einen Wechsel über sich ergehen läßt und die Sozialdemokraten aus der Regierung ausscheiden. (Stürmischer Beifall.) Stresemann darf sich dieser Erkenntnis nicht verschließen. Ich rufe Stresemann zu: „Deine Stunde ist gekommen!“ Wir wollen eine Regierung der Rechten. Wir wollen, daß es zum Abbruch mit dem Feinde kommt, koste es, was es wolle. (Stürmischer Beifall.) Man muß, so lange es die Rot verlangt, ohne, ja gegen die Sozialdemokratie regieren. Wenn die Verhältnisse stark genug sind, um Stresemann zu der Erkenntnis zu bringen, daß er nicht der richtige Mann ist, wird auch Herr Ebert zu dieser Erkenntnis kommen. Es muß zum Kurswechsel kommen! Auch die Industrie und die christlichen Gewerkschaften (?) müssen auf den Plan treten, um sich zu vereinen mit dem Appell an den Kanzler und den Reichspräsidenten: „Eure Stunde ist gekommen! Nur keine Kompromisse mehr.“

Man darf Hergt für seine Offenheit dankbar sein. Die Regierung weiß jetzt wenigstens, wie die Partien stehen. Wenn sie nicht kämpfen will, dann ist sie erledigt und das Reich mit ihr.

Um die Friedrichstadt-Druckerei.

Die Kommunisten bemühen sich mit allen Kräften, die Schließung der Friedrichstadt-Druckerei, die wir im gewerkschaftlichen Teil ausführlich behandelt, zum Ausgangspunkt einer großen Aktion zu machen. Wir haben zu dieser Angelegenheit schon im gestrigen Abendblatt Stellung genommen und können jetzt hinzufügen, daß sich die zuständigen Stellen der von uns vorgetragenen Auffassung nicht verschließen. Es besteht also sehr wohl die Möglichkeit, die gesperrte Druckerei auf dem Verhandlungswege zur Herstellung legaler Arbeiten unverzüglich wieder freizubekommen.

Die Streikfrage in Sachsen.

Dresden, 23. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Landesarbeitsausschuss der SPD, sowie der Landesarbeitsausschuss des ADGB und der AFD veröffentlichten einen Aufruf an die Bevölkerung Sachsens, in dem es zum Schluß heißt: „Folgt weder den Lockungen nationalistischer Propaganda, noch den Generalkreisparolen unverantwortlicher Kommissionen. Die Massenaktion des Proletariats kann nur von den verantwortlichen Leitungen zentral vorbereitet und durchgeführt werden. In der zentralen Führung und dem Einheitswillen liegt die Voraussetzung für das Zusammenwirken des gesamten deutschen Proletariats und für die Rettung der Arbeiterklasse und der Republik. Haltet Euch bereit! Seht Euch mit ganzer Kraft ein, wenn Ihr zum Kampfe aufgefordert werdet. Erwartet die Parole der Parteien und gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen!“

Die Verteilung der Reichswehr.

Dresden, 23. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Vormarsch der Truppen ist zum Stillstand gekommen. Die Truppen des Generals Felsch sind bis Pirna—Niederjeschitz—Potschappel, mit Kavallerie bis westlich Wilsdruff und südlich Tharand vorgerückt. Die Truppen des Generals v. Ledebur haben die Gegend Grimma-Bad, Naugwitz-Borna, die des Obersten Föhrenbach Delsnig und Plauen erreicht. Durch Dresden zogen am Dienstag preussische und sächsische Truppenteile, insgesamt 4 Bataillone Infanterie, 1 Eskadron Kavallerie, 5 Batterien Artillerie mit rund 120 Maschinengewehren, zahlreichen schweren und leichten Feldgeschützen, Minenwerfern, Sanitätstruppen mit hundert, Motorgeschützen und schweren Kraftwagen. Die Hurrufe einzelner

Bürgerlicher Gruppen unter den Zuschauern wurden vom Arbeiter mit dem Ruf: „Hunger!“ und „Hoch die Republik!“ beantwortet. Die Reichswehr verhaftete eine ganze Reihe der durch solche Rufe protestierenden Arbeiter.

Kartoffeln für Sachsen.

Dresden, 23. Oktober. (W.Z.) Auf Anregung des Generalleutnants Müller haben Handel, Industrie und Bauwelt des Freistaats Sachsen sich bereitgefunden, einen größeren provisions- und zinsfreien Kredit in wertbeständigem Gelde zur Verfügung zu stellen. Dieser Kredit wird von einem besonderen Konsortium verwaltet und unter Mitwirkung des Wehrkreiskommandos dem legitimen Kartoffelhandel gewährt werden, der sich bereit erklärt hat, der notleidenden Bevölkerung der Industriebezirke und Großstädte noch vor Eintritt der Frostperiode Kartoffeln zu angemessenen Preisen zu liefern.

Es wird scharf geschossen.

Zwei Tote in Pirna.

Dresden, 23. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Ein erster Zwischenfall ereignete sich in Pirna. Unangemeldet rückte dort in der Mittagsstunde ein Reichswehrbataillon unter Führung des Majors Bongraf ein. Auf dem Marktplatz wurde sofort ein Panzerauto und Maschinengewehre aufgestellt. Vor dem Rathaus hatten sich gerade die Erwerbslosen eingefunden, um ihre Unterstützung in Empfang zu nehmen. Als nun der Befehl zum Räumen des Platzes gegeben worden war, blieb die Menge der Erwerbslosen stehen. Hauptmann v. Friesen ließ hierauf den Markt räumen. Trotzdem die Menge jetzt dem Befehl folgte, wurde scharf geschossen. Gleichzeitig sollen aus einem Privat Hause Schüsse gefallen sein. Der Arbeiter Müller wurde durch Kopfschuß getötet, zwei Arbeiter und eine Arbeiterin wurden zum Teil schwer verletzt.

Der Pirnaer Stadtrat hat einstimmig, also mit Zustimmung aller politischen Parteien, von der sächsischen Regierung die sofortige Zurückziehung der Reichswehr und die Befreiung der Schuldigen gefordert. Die Darstellung des Wehrkreiskommandos über die Vorgänge in Pirna ist nach der Darstellung des Pirnaer Stadtrates unzutreffend. Auch die Redaktion des rechtsstehenden „Pirnaer Anzeigers“ gibt zu, daß kein Anlaß zum Einmarsch der Reichswehr bestanden habe. Der Einmarsch sei ohne Benachrichtigung der Behörde gegen den Rat der Polizei auf Verlangen bürgerlicher Denunzianten erfolgt. Bei den Verletzten und Toten (anscheinend zwei) sind Schüsse von hinten festgestellt; es wurde also auf Fliehende geschossen. Eine Abordnung von Arbeitern sprach am Nachmittag bei Major Uth vom Wehrkreiskommando vor, der jedoch scharf erklärte: „Wir sind nun einmal nicht die Polizei, wir müssen energisch durchgreifen, das werden jetzt die Leute gefühlt haben.“ Daraufhin hat in Pirna sofort der Generalkreis eingeleitet. Die Erregung ist groß. Die sächsische Arbeiterschaft ist besonders darüber empört, daß der General die ungeheure Taktlosigkeit begangen hat, in Dresden eine Parade abzuhalten, und daß entgegen dem einzig möglichen Sinn des Einmarsches der Reichswehr in Sachsen, nämlich die Truppenzusammenziehung an der sächsischen Westgrenze, die Truppenkonzentration über das ganze sächsische Industriegebiet hin sich erstreckt. Die Erregung wird dadurch gesteigert, daß aus verschiedenen Orten zuverlässige Mitteilungen über die Einziehung von Freiwilligen aus reaktionären Kreisen vorliegen.

Dresden, 23. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Hauptmann Römer aus München, der Führer der 3. Kompanie des 10. Reichswehrrégiments in Dresden ist, hat seinen Soldaten mitgeteilt, daß in Bayern neun Divisionen Kampfbereitschaft mobilisiert werden. Er persönlich fühle sich nicht mehr als Stütze der Republik. Gegen die saumäßigen Zustände in Sachsen und dem Reich müsse eingeschritten werden. Zuerst müsse in Sachsen Ordnung geschaffen werden und dann in Berlin. Er empfahl seinen Soldaten den Bezug des „Völkischen Beobachters“.

in die Küche, ja ich entwickelte eine fieberhafte Tätigkeit, hinter das Geheimnis zu kommen.

Bald war das Rätsel gelöst. Die eigentliche Fettquelle war der Hausherr, der in unbewachten Augenblicken in den Topf Brocken von Rinderkalb warf, um so den Speisestückel zu verbessern, den Ruttig gar zu fettlos ausstaffierte. Nach und nach (so gestand er mir, als er entsetzt war) hatte er schon über zwei Pfund Fett in den Topf geworfen — so daß dieser Beinchen immer neue Reserven hergab — und so Segen spendete, wie der Birnbaum des seligen Herrn von Ribbeck zu Ribbeck auf Havelland.

Großvater, Mutter und Kind aber schmunzeln verkürrt, wenn sie den sagenhaften Suppenknochen besahen, und die Fettsflecke in der Wohnung nehmen an Umfang zu, aber auch die vier Menschen. So ein paar Pfund Fett wirken Wunder.

Es besteht Hoffnung, daß das Gebeine dem Sohn einst als hochzeitlich vererbt wird, gewissermaßen ein Seitenstück zum „Tischlein deck' dich“.

Wenn er Papas Kleingeld miterbt, um Fett zu kaufen, dann ist mir um seine Zukunft nicht bange.

„Carmen“ in der Staatsoper. Die vorgestrige Aufführung, in vielen Teilen großartig, in manchen Details stumpf, war imstande, Reiz über den neuen Mann, Erich Kleiber, zu verraten. Wir haben eine „Carmen“-Aufführung unter Blech im Ohr und in der Erinnerung, die an Geschlossenheit, Temperament und musikalischem Schicksal gestern nicht erreicht wurde. Kleiber hat ein Innentempo, das nicht immer das unsere ist. Das kann sich etwa beim Auftrittslied Escamillos auf persönliche Geschmacksdifferenzen beziehen, kaum aber bei der traditionellen Habanera, dem ersten Chor des ersten Aktes, dem Duett José's und Michaeles. Hier und an mancher anderen Stelle ist Kleiber von einer diktatorischen Strenge des Rhythmus, des melodischen Balancierens, die eine lyrische Episode mit Weinerlichkeit, eine gemüßliche Stimmung mit Totenstille bedeckt. Das Piano der musterhaft studierten Chöre wurde oft ausdruckslos. Trotzdem kriecht die Zucht, die Kleiber gerade beim Soloensemble und den Chören angeeignet läßt höchsten Lobes würdig. Vom Orchester gilt Ähnliches. Eine Gefahr besteht und erwächst gerade aus den pädagogischen Vorzügen Kleibers: eine Individualität hat es schwer, sich auf der Bühne durchzusetzen. In Fragen der Deklamation, des Tempos, der Nuancen will er, als Gesamterwähler des Apparates, auch allein bestimmen. Die Freiheit des Sängers wird auf die richtige Beherrschung der Töne beschränkt. Frau Kemp, die nach Lebenschnitt, Temperament und erotischem Wuchs eigenartige und vielseitige Carmen, gibt Momente persönlicher Darstellung davon, nur um mit dem Taktstock in engstem Zusammenhang zu bleiben. Auch Günther, ein im letzten Akt ergreifender, sonst stiller José, verfiel dem Unheil einer überspitzten Disziplin. Nur Bohnen sang, wie er muß, und wie er muß, so konnte er. Da gab der Befehlshaber nach, ohne böse zu werden. Alles in allem: Kleiber ist ein Autokrat des Geschmacks,

ein eindringlicher und besserer Vorkühler. Bringt der jugendliche Draufgänger zu jedem Werk die Gemächlichkeit eines besonderen Geschmacks mit, so wird es um die Oper glänzend bestellt sein. Versagt er einmal und stellt sich kein Starke gegen ihn, so haben wir nur eine Opernschule, die einheitlich, ordnungsgemäß und geschlossen jede Persönlichkeit tötet. Vorläufig darf man mit der Art, wie gearbeitet wird, zufrieden sein.

Die „gute alte Zeit“ ist in der Urania Gegenstand einer geschichtl. zusammengestellten Vortragsfolge, die von Dr. Beyer, dem Direktor der Urania, zum Autor hat. Von der Deutschtümpelellschaft hergestellte farbige Lichtbilder nach Originalen aus dem Märkischen Museum, die uns Berliner Tapen aus den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts zeigen, illustrieren den Vortrag. Hermine Behn, Ilse Laura und Josef Sommer vom Rollendorttheater ließen die „echten“ Berliner wieder aufleben. In idyllischer Zeit fühlt man sich zurückversetzt, als Berlin noch unbegrenzt war. Doch spürt man in dieser Idylle ernsthafte Arbeit und hartes Dasein. Mit wie bescheidenen Mitteln „verlustiert“ sich das Volk, und das Selbstlose ist, daß die neuen Darbietungen auch noch heute herzigste Heiterkeit erwecken können. Besonders hüßlich waren die von Ilse Laura vorgelesenen Erklärungen zu den kindlichen Gustastendern. Ilse Laura sollte jedoch wissen, daß der richtige Berliner niemals sagt „das heißt“. Abgeschlossen wurden diese Darbietungen aus der guten alten Zeit durch ein heiteres Genrebildchen von Karl v. Holten: „Zwischen Berlin und Breslau“, in der die Witwe Rosina Klagefant (Ilse Laura) die urwüchsig sentimentale Berlinerin vertritt. Trotzdem diese alten Zeiten zweifellos in mancher Hinsicht besser waren als die heutigen, zeigen sie uns doch ein Kulturniveau der Arbeiterschaft, das nicht befriedigen kann. Gerade dieser Gegensatz zwischen einst und jetzt zeigt, welche Arbeit in der geistigen Durchbildung des Proletariats geleistet ist und wieviel Arbeit nötig ist, um das einmal Erreichte in dieser Notzeit nicht völlig zugrundegehen zu lassen.

Der „Richard-Strauß-Zyklus“ der Staatsoper findet an folgenden Tagen statt: Sonnabend, den 27. Oktober: „Salome“ (Mittelrolle: Barbara Kemp, Musikalische Leitung: Schilling). Montag, den 29. Oktober: „Elektra“ (Mittelrolle: Agnes Bedend, Musikalische Leitung: Schilling). Mittwoch, den 31. Oktober: „Koselovaveller“ (Mittelrolle: G. M. Kleiber). Sonnabend, den 3. November: „Ariadne“ (Musikalische Leitung: Schilling). Montag, den 5. November: „Hänsel und Gretel“ (Mittelrolle: G. M. Kleiber). Donnerstag, den 8. November: „Koselovaveller“, „Frau ohne Schatten“. Musikalische Leitung: G. M. Kleiber.

Musik. Das nächste Orgellkonzert von Baller Fischer findet Donnerstag 6 Uhr im Dom statt. Es wirken mit: Margarete Luise Koll, Sopran, und ein Streichquartett der Staatsoper.

Der Freilebende-Räuber. Professor der Philologie in Halle, ist dort — erst 4 Jahre alt — geboren. Ein gebürtiger Berliner, hat er sich als Herausgeber und Bearbeiter, wie auch als Verfasser eigener Werke („Hilfslehre und Hilfslehre“ u. a.) auf philologischem wie pädagogischem Gebiet hervorgetan.

Zum wesentlichen Professor für Waldbau an der Technischen Hochschule in der Reichshauptstadt Hermann Jansen ernannt worden.

Was sie verschweigen.

Deutschnationale Telegrammkorrektur.

Kurz vor Schluss der gestrigen Abendblätter erhielten die Berliner Redaktionen durch den WTB-Ferndrucker die wichtige und erfreuliche Meldung der Befreiung Aachens. Nur in zwei besonders „nationalen“ Redaktionen scheint man jenes Telegramm mit gemischten Gefühlen aufgenommen zu haben, und zwar in der „Deutschen Zeitung“ und in der „Kreuz-Zeitung“. Man hat dort an der Fassung des sechszeiligen halbamtlichen Telegramms solchen Anstoß genommen, daß man trotz der späten Stunde und der technischen Schwierigkeiten sich die Mühe nahm, es noch besonders umzuredigieren. Galt es ja, den unbequemen Schlusssatz zu entfernen: „Bei der Befreiungsaktion haben sich die Gewerkschaften besonders verdient gemacht.“

Dieser Satz ist in den beiden lauberen Blättern bei der „Umredigierung“ völlig verschwunden! Die Leser dieser „nationalen“ aller Organe dürfen ja nicht erfahren, daß die Arbeiterschaft im Kampfe für das Deutschtum und für die Reichseinheit wieder einmal glänzende Proben ihrer Treue und ihres Opfermutes gegeben hat. Sie dürfen das besonders nicht in den Tagen erfahren, wo unter dem Vorwande des „Kampfes gegen den Marxismus“ das Signal zur Rebellion gegen die Reichseinheit in der sogenannten „Hochburg des bedrängten Deutschtums“ München gegeben wurde.

Regierungsanklage für die Aachener Gewerkschaften.

Der Reichszentralrat hat in je einem Telegramm an den Regierungspräsidenten in Aachen und die Aachener Gewerkschaften den Dank der Reichsregierung für die tapfere Haltung bei der Befreiung der Stadt von den Separatisten erwidert. Ebenso hat der preussische Ministerpräsident ein Danktelegramm an die Gewerkschaften gerichtet.

Separatistenputsch in Duisburg.

Oberhausen und Hamborn bedroht. Gegentwehr am Rhein.

Münster, 23. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die separatistische Bewegung hat auf den rechten Niederrhein übergriffen. In der vergangenen Nacht besetzten die bewaffneten Separatisten mit Hilfe des belgischen Militärs die öffentlichen Gebäude von Duisburg und entwaffneten die Schutz- und die blaue Polizei. Augenblicklich verzieht die blaue Polizei ohne Waffe wieder ihren Dienst, während die Schupo interniert wurde. Zwischen den Separatisten und Belgierorden der Stadt Duisburg finden Verhandlungen statt. Belgisches Militär hat die Zugänge zur Stadt abgesperrt, um den Zutritt von den Bergarbeiterbüros zu verhindern. Man erwartet heute das Vordringen der Separatisten auf Oberhausen und Hamborn. In Mühlheim und Sterkrade ist alles ruhig.

Bei den Straßenkämpfen in Aachen hat es zahlreiche Tote und Verwundete gegeben (hauptsächlich Arbeiter).

In Koblenz belagert eine laubende Menschenmenge das Rathaus, in dem sich Separatisten befinden.

Im Bezirk Trier schreitet die separatistische Bewegung fort. Ein gewisser Müller hat sich zum Regierungspräsidenten ernannt.

In München-Gladbach konnten die Separatisten aus der Stadt herausgeworfen werden.

In Arafeld lehnte der Oberbürgermeister die Forderungen der Separatisten ab, die dann die Stadt verließen.

Ahn, 23. Oktober. (Mit.) Aus Jülich wurden die Sonderbündler hinausgeschlagen. Der Führer, ein Weinhändler Kreuzkamp, erklärte, daß er die Leitung nicht mehr in den Händen habe. Er habe die Leute unter der Vorpiegelung, daß sie ihre Bestimmung erfüllt hätten, wieder entlassen wollen. Die Sonderbündler hätten jedoch den Gehorsam verweigert, hätten die Waffen nicht abgegeben und sich neue Führer gewählt. Darauf stürmte die Menge das Jülicher Rathaus und den Marktplatz. Zahlreiche Sonderbündler wurden schwer verletzt und wären getötet worden, wenn nicht die Polizei dazwischengetreten wäre.

Ahn, 23. Oktober. (TU.) In Mers werden 800 bis 1000 Separatisten in den Räumen der Besatzungsbehörde verpflegt. Man rechnet damit, daß sie dafür bestimmt sind, in der Stadt den Putsch durchzuführen.

Frankfurt a. M., 23. Oktober. (TU.) Die Separatisten haben ohne Zwischenfall die öffentlichen Gebäude in Rudesheim am Rhein besetzt.

Separatistenverfolgung in Mainz.

Mainz, 23. Oktober. (WTB.) Heute nachmittag, kurz nach 4 Uhr versuchte eine riesige Menschenmenge, die einen Sonderbündler festgenommen hatte, der aber wieder entweichen konnte und sich in den Hauptbahnhof flüchtete, in das Bahnhofsgebäude einzudringen, in dem eine große Anzahl Separatisten verammelt waren. Die Menge wurde durch die französische Gendarmerie an diesem Versuch verhindert. Bis zur Stunde, 4 1/2 Uhr, ist es zu weiteren Zwischenfällen nicht gekommen. Bei den heutigen Unruhen wurden 20 Personen, darunter mehrere Schwerverletzte, in das städtische Krankenhaus eingeliefert. Ferner sind vier Tote zu verzeichnen. Die Franzosen haben heute nachmittag den Sicherheitsdienst übernommen. Das französische Militär steht in starker Alarmbereitschaft. Die französische Gendarmerie hält die Zugangsstraßen zu dem Regierungsgebäude und Kreisamt besetzt, in dem die Separatisten sich immer noch befinden. Eine riesige Menschenmenge versuchte bisher vergeblich, von der Rückseite in das Kreisamt einzudringen, um die Separatisten herauszutreiben. Das Stadtzentrum ist von einer dichten Menschenmenge besetzt. Diese jaghet eifrig nach Sonderbündlern, die sich in ihre Schlafwindele zurückgezogen haben. Sämtliche Gewerkschaftsverbände und alle politischen Parteien erklären sich durch Maueranklagen gegen die Bestrebungen der Elemente, welche die Rheinische Republik ausrufen wollen und mahnen die Bevölkerung zur Ruhe und Ordnung. Zu diesem Zweck haben die Gewerkschaftsverbände einen Ordnungsdienst (weiße Armbinden mit dem Zeichen S. O.) organisiert.

Wie nachträglich aus Aachen gemeldet wird, ging die Bevölkerung mit einem wahren Grimm gegen die Sonderbündler vor. Ein Duzend schwer- und leichtverletzte Sonderbündler wurde in die Krankenhäuser eingeliefert. Andere wurden von der Waffe totgeschlagen.

Der Berliner Bezirksparteitag stimmte, wie wir in Ergänzung unseres Berichtes in der Montagabendausgabe mitteilen, mit großer Mehrheit einem Antrage auf sofortige Einberufung eines Reichsparteitages zu.

Der auf dem rechten Flügel der BVP. stehende sächsische Landtagsabgeordnete Budor hat sein Landtagsmandat aus gesundheitlichen Gründen niedergelegt.

Der Kommunistenputsch in Hamburg.

Hamburg, 23. Oktober, 12 Uhr nachts. (Eigener Drahtbericht.) Die Gewerkschaftsinstanzen erlassen folgenden Aufruf an ihre Mitglieder:

Die örtlichen Spitzenorganisationen der freien Gewerkschaften sagen angesichts der politischen Verhältnisse ohne Unterbrechung. Sie sind nur durch die zuständigen Gewerkschaften erreichbar, sie haben feste Fühlung mit den Berliner Spitzenorganisationen und dem Hamburger Senat.

Die Gewerkschaften haben entgegen allen über sie verbreiteten Meldungen von den Spitzenverbänden Kampfmaßnahmen gegen die Verletzung der Lohn- und Gehaltsempfänger verlangt. USPD., USPD. und SPD. waren am Montagabend ersucht worden, sich den Maßnahmen der Gewerkschaften anzuschließen und von zwecklosen lokalen Aktionen abzusehen. Auf Verlangen der SPD. wurde den politischen Parteien bis Dienstag vor-mittag 10 Uhr eine Entscheidungsfreiheit eingeräumt, trotzdem die Gewerkschaften gegen diese Verschleppung ihre ersten Bedenken äußerten. Im Gegensatz zur USPD. und USP. gab die SPD. zu dem von ihr selbst festgesetzten Termin keine Antwort und war auch für die unterzeichneten Körperschaften nicht erreichbar.

Trotz gegenseitiger Vereinbarung hat die SPD. ohne Wissen der Gewerkschaften in der Nacht vom Montag zum Dienstag versucht, die öffentliche Gewalt in Hamburg an sich zu reißen. Dadurch sind die der Arbeitnehmerschaft wirklich dienenden Maßnahmen der Gewerkschaften durchkreuzt. Die Gewerkschaftsmitglieder haben sich nach wie vor zur Verfolgung ihrer wirtschaftlichen Interessen an die Gewerkschaft zu halten. Inzwischen werden die Gewerkschaften versuchen, der gesamten Arbeitnehmerschaft Arbeit und Brot zu sichern. Unterzeichnet ist der Aufruf vom Ortsausschuß des ADB., vom Ortsrat des AFB., vom Ortsrat des ADB., vom Vollzugs-ausschuß der freigewerkschaftlichen Betriebsräte und vom 11. Bezirk des ADB.

Gegenwärtig sind noch schwere Kämpfe im Stadtteil Barmbeck im Gange und für die Nacht werden weitere schwere Zusammenstöße erwartet.

21 Tote — 127 Verwundete bisher festgestellt.

Hamburg, 23. Oktober. (WTB.) Eine Mitteilung der staatlichen Pressestelle von 8 1/2 Uhr abends besagt: Nach der Einnahme der Wache 23 in Barmbeck trat zunächst Ruhe ein. Es zeigte sich jedoch, daß die Kämpfe höhere Opfer, als es zuerst angenommen war, gefordert hatten. Fünf Beamte haben in treuer Pflächertreue ihr Leben eingebüßt. Schwer verwundet wurden 19 Beamte. Die Zahl der Leichtverwundeten steht noch nicht fest. Leider wird sich die Zahl der Toten noch um zwei weitere Beamte vermehren, die bei einer in Schiffsel eingeleiteten Aktion gefallen sind. Dort war gegen 4 Uhr auf Anforderung Hamburger Ordnungspolizei eingeseht worden, die mit heftigem Gewehrfeuer empfangen wurde. In dem Feuergefecht, das sich nunmehr entspann, hatten auch die Aufreiter schwere Verluste. Fünf von ihnen wurden bewaffnet festgenommen. Fünf Beamte der Ordnungspolizei sind in diesem Kampfe verwundet worden. Auch in Schiffsel stellte die Polizei die Ordnung wieder her. Von der Kranentransportstelle der Polizeibehörde sind während des Tages insgesamt 108 Verletzte und 14 Tote transportiert worden. Etwas Genaueres über die Verluste aus Seiten der Aufreiter läßt sich aber aus dieser Zahl, in der auch die Toten und Verwundeten der Ordnungspolizei eingerechnet sind, noch nicht feststellen. In Barmbeck lebten gegen 4 Uhr in der Bramfelder Straße und gegen 5 Uhr in der Dehnheide und in der Ham-

burger Straße die Kämpfe wieder auf. Es wurde aus Häusern und von den Dächern geschossen. Gegen 5 Uhr wurde eine energische Gegenaktion bei der Dehnheide eingeseht, die zurzeit noch im Gange ist. Das Ergebnis des heutigen Tages läßt sich in der Feststellung zusammenfassen, daß es dank der Aufopferung und Tapferkeit der Ordnungspolizei gelungen ist, einen groß angelegten kommunistischen Putschversuch niederzuschlagen. Die Polizei beherrscht die Lage völli.

Streikverbot.

Hamburg, 23. Oktober. (WTB.) Ansammlungen in verschiedenen Teilen der Stadt wurden von der Polizei mühelos zerstreut. Am Nachmittag wurden von einem Lastkraftwagen fünf Kisten Dosenfleisch geraubt, ferner in verschiedenen Bäckereien, meist von halbwüchsigen, Brote gestohlen. Eine Anzahl halbwegsiger Burschen ist festgenommen worden und steht schwerer Bestrafung entgegen. Vier Beamte der Ordnungspolizei wurden durch Messerstiche verletzt.

Hamburg, 23. Oktober. (WTB.) Der Inhaber der polizeiwidrigen Gewalt hat die Arbeitsniederlegung in lebenswichtigen Betrieben verboten und unter schwere Strafen gestellt. Ferner wurde bestimmt, daß alle nach der Straßenseite gehenden Fenster bis auf weiteres geschlossen zu halten sind. Auf offenkundige Fenster soll geschossen werden. Die Zugänge zum Freihafen sind polizeilich abgesperrt und stark gesichert. Das Rathaus und andere öffentliche Gebäude sind mit starken Wachen besetzt und durch spanische Reiter und Drahtverhaue geschützt. Infolge der unsicheren Lage hatten heute viele Geschäfte und Läden nicht geöffnet. Der Verkehr auf der Straßenbahn und Hochbahn konnte nur teilweise aufrechterhalten werden. Verschiedentlich kam es zu Plünderungen.

Der Vorstand der USPD. veröffentlicht einen Aufruf an die arbeitende Bevölkerung Groß-Hamburgs, in der er die Parteimitglieder sowie alle Arbeiter und Arbeiterinnen warnt, der Aufforderung der Kommunisten zum Generalkriegsputsch zu folgen. Solche Mittel führten nur zu Untergang und Massensterben. Die sozialdemokratische Partei habe für eine geordnete Brotversorgung, für die Sicherung der Brotläden und Brotautos, für jede Hilfe gegen die Not alle Schritte unternommen.

Erfurt, 23. Oktober. (WTB.) Heute nachmittag fanden auf dem Anger und in den angrenzenden Straßen starke Zusammenrottungen statt, die offenbar planmäßig vorbereitet waren. Einzelne Polizeibeamte wurden von der Menge belästigt, mißhandelt und im weiteren Verlauf der Demonstration mit Steinen beworfen. Die Polizei sah sich genötigt, mit stärksten Nachtmitteln einzugreifen und von der Waffe Gebrauch zu machen. Auf Seiten der Demonstranten wurden ein Toter und zwei Verwundete festgestellt. Eine Reihe von Polizeibeamten wurde verletzt. Mehrere Demonstranten, bei denen Waffen gefunden wurden, wurden festgenommen. Im Verlauf der Demonstrationen wurden einige Scheuflücker zertrümmert.

Braunschweig, 23. Oktober. (WTB.) In Schöningen, im Braunschweigischen Kohlenrevier, sind heute nachmittag Bäckerei- und Lebensmittelgeschäfte geplündert worden. Zur Verstärkung der örtlichen Polizei wurde Schupo von Braunschweig entsandt. In Braunschweig kam es heute an verschiedenen Stellen der Stadt zu erregten Ansammlungen. Die wegen der hohen Lebensmittelpreise erregte Menschenmenge versuchte verschiedentlich Bäckereien gewalttätig zu plündern. Sofort überall eingesehten Polizeistreifen konnten die Menge zerstreuen, ohne daß es bisher zu ernstlichen Zwischenfällen gekommen ist.

Die „Einheitsfront“.

Die Verhandlungen mit der SPD. gescheitert.

Am Sonnabend, den 13. Oktober, hatten die Vertreter der BVP., USPD., SPD. und die Vertreter der Gewerkschaftskommission sich auf folgende Richtlinien für eine zu bildende Arbeitsgemeinschaft vereinigt:

Niederwerfung des Faschismus, Verteidigung des Achtstundentages und der anderen Grundrechte der Arbeiterklasse, Schutz der Republik und ihrer Verfassung gegen jeden Angriff der Reaktion und die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Rechte der Arbeiterklasse. Dieser Kampf ist mit allen geeigneten Mitteln zu führen.

In der Sitzung vom 22. Oktober wurde von den Kommunisten erklärt, daß sie den letzten Satz nicht mehr akzeptieren können. Nach stundenlangen Verhandeln konnte mit den Kommunisten eine Einigung nicht erzielt werden. Darauf gab der Genosse Künzler für die BVP. folgende Erklärung ab:

„Die BVP. erklärt, daß sie nach wie vor bereit ist, die Richtlinien für den zu bildenden Aktionsausschuß in der Form zu akzeptieren, wie sie in der zweiten Sitzung allgemeine Annahme der Beteiligten gefunden hat.“

Sie bedauert, daß insbesondere über § 2 der Richtlinien infolge der veränderten Stellungnahme der SPD. in der dritten Sitzung eine Verständigung nicht erzielt werden konnte.

Sie appelliert noch einmal an die Genossen von der SPD., die Schaffung der Arbeitsgemeinschaft an ihrer nachträglichen Ablehnung der bereits anerkannten Richtlinien nicht scheitern zu lassen.“

Die SPD. lehnte nach Verlesung dieser Erklärung jede weitere Verhandlung ab.

Wirtschaft

Neue Zahlungsbedingungen im Kohlenbergbau.

Die maßgebenden Organe der Kohlenwirtschaft, nämlich der Reichskohlenverband und der Große Ausschuß des Reichskohlenrates haben eine Änderung ihrer Zahlungsbedingungen beschlossen, welche die Anpassung des Kohlenpreises an den Goldstand noch beschleunigen wird. Man sah sich zu dieser Maßnahme genötigt, weil der in Papiermark gezahlte Goldpreis sich von dem Tage der Kohlenlieferung bis zum Tage des Zahlungseinganges derart entwertete, daß der Ertrag für die Bergwerke außerordentlich gering wurde. Die Folgen davon waren, daß der Kohlenbergbau in größte Schwierigkeiten geriet, die selbstverständlich zu einem großen Teil auf die Bergarbeiter abgewälzt wurden, sei es durch Einschränkung der Produktion und Verkürzung der Arbeitszeit, sei es durch unzureichende Lohnbemessung.

Nach den neuen Zahlungsbedingungen soll fortan die Bezahlung der Kohle in werbeständigen Zahlungsmitteln zum Goldkurs, und zwar in Dollarschuldenweisungen zum Nennwert erfolgen oder in Papiermark, die zum Dollarkurs des Tages, an dem das betreffende Syndikat über die Zahlung verfügen kann, gutgeschrieben werden. Vorauszahlungen werden entsprechend dem schwankenden Geldwert in Gold aufgewertet. Die Zahlungsfrist beträgt 7 Werktage, einschließlich der Sonntage.

Ist der Syndikatspreis für Kohle bindend?

In Besprechungen bergbaulicher Kreise wurde die Frage geprüft, ob es möglich und zulässig, daß besonders wirtschaftlich arbeitende Jochen unter Umständen billiger als zu dem Syndikatspreis abgeben können. Man kam dabei zu der Auffassung, daß die Preise des Syndikats Höchstpreise seien und als solche unterschritten werden dürfen. Wenn sich diese Auffassung, wie dringender zu wünschen ist, durchsetzt, so würde damit erreicht werden, daß bei den gegenwärtigen Abfahrschwierigkeiten, insbesondere des Braunkohlenbergbaues, manche Jochen noch in Betrieb bleiben können, die jetzt mit Rücksicht auf den Syndikatspreis teurer verkaufen, als sie unbedingt müssen. Durch eine Preislenkung ließe sich mit großer Wahrscheinlichkeit der Abschluß fördern.

Aber auch, wenn die Lage rechtlich so ist, wird mit einer großen Bereitwilligkeit des Kohlenbergbaus zum Preisabbau im allgemeinen nicht zu rechnen sein, wo nicht besondere wirtschaftliche Verhältnisse dazu zwingen. Der allem ist zu befürchten, daß eine derartige Preisermäßigung den Verbrauchern nur in den seltensten Fällen spürbar wird, solange die breiten Massen über keine wertbeständigen Zahlungsmittel verfügen, da ja die Kohlenpreise auf der Goldbasis festgesetzt werden und sich mit dem Niedergang der Mark automatisch weiter verteuern.

Einschränkungen des Brennrechts für Kartoffeln.

Nach den bisherigen Schätzungen kann im allgemeinen nur mit einer Rittelernte in Kartoffeln gerechnet werden. Die rechtzeitige Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Speisepotatoes ist daher bei der in weiten Kreisen herrschenden Not und Ernährungslosigkeit in diesem Jahre von noch größerer Bedeutung als sonst. Der Reichsernährungsminister hat daher im Einvernehmen mit den Ländern, die in dieser Richtung bei ihm vorstellig geworden sind, verordnet, daß in diesem Jahre Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe in der eigenen Brennerei soweit selbstgebaute Kartoffeln verarbeiten dürfen, als der Hälfte ihres Brennrechts entspricht.

Die Verarbeitung anderer als selbstgebaute Kartoffeln in Trocknerien und Stärkefabriken ist bis Ende Oktober gänzlich verboten. Eine weitere Herabsetzung des Kartoffelbrennrechts ist nach amtlicher Mitteilung nicht möglich, da sowohl die Industrie für ihre Betriebswerke, wie auch die Landwirtschaft für die Viehhaltung der Ernte und für die Feldbestellung auf Spiritus angewiesen sind. Außerdem können die Brennereiwirtschaften auf den Anfall von Schlempe (als Futter für Milchvieh) nicht verzichten. Eine Verwendung des aus Kartoffeln hergestellten Spiritus für Trinkzwecke findet, was besonders betont wird, nicht statt.

Ausnahmen können für solche Kartoffeln zugelassen werden, die durch Frost oder andere Ursachen zur menschlichen Nahrung unbrauchbar geworden sind. Der Staatskommissar für Volksernährung, Landwirtschaftsminister Dr. Wendorf, ist für das preussische Gebiet ermächtigt, solche Ausnahmen im Bedarfsfälle zu gestatten. Er hat diese Befugnis auf die Regierungspräsidenten übertragen, gleichzeitig aber angeordnet, daß die bezüglichen Gesuche auf das Sorgfältigste zu prüfen sind, um einer mißbräuchlichen Ausnutzung vorzubeugen.

Die Steuergoldmark. Der Goldumrechnungssatz für Reichs-Reuern am 24. Oktober 1923 beträgt entsprechend dem Dollarkurs der Papiermark 18,3 Milliarden.

Das dunkle Berlin.

Licht- und Wärmemangel werden uns im kommenden Winter furchtbar zusetzen. Zusehends nehmen die Tage ab, aber an eine Ausbreitung der künstlichen Beleuchtung kann man kaum irgendwo denken. Berlin ist dunkel und in den Wohnungen der Arbeitenden ist's kalt. Viele Häuser werden bei Eintritt der Dämmerung einfach geschlossen. Die Mieter, sobald es sich um Arbeitslose, Kurzarbeiter usw. handelt, sind tatsächlich nicht fähig, die Treppenbeleuchtung zu bezahlen. In den sogenannten Herrschaftshäusern umgeht man sie durch Einschaltung der Nachtbeleuchtung, der bekannten Minutenbrenner. Essige Geschäfte planen, keine Mittagspause mehr einzutreten zu lassen, dafür aber mit Eintritt der Dunkelheit zu schließen. Auch sollen Sprechstunden von den späteren in die früheren Nachmittagsstunden verlegt werden. In kleineren und mittleren, ja selbst in den größeren Geschäften sieht man schon, daß, während die Verkaufsstellen herabgelassen oder die Gitter vorgezogen werden, man drinnen bei einer Kerze hantiert. Kaum fällt mehr aus den Etagenwohnungen ein heller Lichtschein auf das Straßenpflaster. Es wird immer dunkler und dunkler in Berlin.

Womit geheizt wird.

Sorgend staut die Hausfrau auf Herbellschaffung von Feuerungsmaterial. Briketts sind Luxus geworden; deren Preis auf Dollarbasis ist ja nur Hohn und Spott für alle ehrlich arbeitenden Menschen. Und „Cos vom Gas“ heißt die Parole auch; denn viele sind doch nicht mehr in der Lage, die Gasrechnung bezahlen zu können. Hinzukommt, daß man beim Verbrauch nicht weiß, was man für ihn zahlen muß. Man ist somit keiner Berechnung fähig. Zudem sind in den Hinterhäusern meistens erbärmliche Gasöfen, die sich als wahre Gas-Biefraße entpuppen. Es gibt moderne, sparsamere Kocher, ja, doch wer von den Hinterhausbewohnern hat sie sich denn anschaffen können? Zudem sind die kleinen Leute meist die pünktlichsten Bezahler. Sie sind ehrlich, verschüchtert, haben Angst vor dem Gespändelwerden und wollen und wollen keine Schulden haben. Was ich bezahlt habe, habe ich bezahlt,“ sagen sie. Eine Brikettschale, dieses teure Gut, wird ganz ausgefüllt behandelt. Die Glut der Kohle wird immer und immer wieder mit Asche bedeckt, damit sie möglichst lange anhält. Auch macht man Jagd auf Sägespäne, breitet die Kausleute um alles mögliche Verpackungsmaterial an, um durch dieses einen Funken Glut mal wieder zur Flamme zu entfachen. Man verbrennt Kartoffelschalen, Gemüseabfälle und selbstgebackene Briketts aus altem Papier, das man aber heute lieber verkauft, weil selbst diese kleine Nebeneinnahme noch reißt, oder man nimmt es mit zum Kaufmann, weil nichts mehr eingewickelt wird. Ferner gebraucht man es zum Feueranmachen, denn Holz ist unerschwinglich teuer. Darum wandern viele hinaus in den Wald, um mühsam Stücker auf Stücker zu sammeln oder Aienäpfel aufzulesen. Holz zu sammeln und zu schleppen geht sehr oft über die Kraft des unterernährten Körpers, aber danach fragt heute keiner mehr. Man wurde gleichgültig gegen die Zukunft und brutal gegen sich selbst. Manche alte Frau jedoch verheißt die Kuhbank einen wackligen Stuhl, ein wurstförmiges Schrändchen. Selbst die Kernsten der Armen nehmen von ihrer Substanz, doch die Kleinen, die in warmen, molligen Räumen verweilen, verstehen es, ihre Sachwerte unantastbar zu gestalten. Ganz Verzweifelte, die nicht eine Brikettschale besitzen und vor der Gasrechnung eine heilige Scheu haben, nehmen zum Spiritus- und Petroleumkocher ihre Zuflucht. Natürlich gibt's dann nur einmal am Tage etwas Warmes, und der Kaffeelack wird, papierumhüllt, für den ganzen Tag unter die Kaffeemühle gestellt.

Rückkehr zum Kerzenlicht.

„Was bezahlt ist, ist bezahlt,“ denkt der wirtschaftlich Bedrängte und laßt sich los vom Gas. Elektrisches Licht kommt für Hofmannen sehr selten in Frage. Die Petroleumlampe ist wieder herausgeholt worden. Sie gibt ein gemächliches Licht; desgleichen spielt die einfache Kerze jetzt wieder eine Rolle. Selbst beim allerbesten Willen kann man bei ihrem Schein nicht viel erkennen. Aber die Leute in der Meißelstraße und in den Hinterhäusern sind noch nie durch goldene Zeiten verwöhnt worden. Armelein war schon immer ein Fisch. Noch heute hat man in vielen Wohnungen das Gas-

stehlicht, das viel Gas verschluckt und nicht genügend Helle verbreitet, um bei ihm lesen und schreiben zu können. Hängellicht ist bei weitem leuchtkräftiger. Die Anlage ist nicht allzu schwierig, jedoch mit Geldeausgaben verbunden. Gute Kerzen bekommt man zurzeit kaum; sie sind teuer, verbrennen schnell und schwachen. Straßenhändler verkaufen bis vor kurzem Kerzen portionweise verhältnismäßig billig. Der Wachsstock hat auch seine Auferstehung gefeiert. Unsere Großmütter benutzten ihn als Notbeleuchtung, wir versuchen vielleicht, bei ihm noch zu finden und zu stoppen. Nachtlampen werden als Abendbeleuchtung angebracht. Ebenso benutzt man das kriegsberühmte „Hindenburg-Licht“, das infolge seines langen Daches Verzehrer von allem möglichen Kerzenabfall wird. Streichhölzer sind bitter teuer. Der Fibibus ist darum wieder in Aufnahme gekommen. Feuerzeuge, die in der Küche gebraucht werden, sind sehr oft an einen nicht funktionierenden Mechanismus gebunden. Die Taschenfeuerzeuge sind für gewöhnlich dauerhafter.

Unendlich groß ist gegenwärtig schon die Not. Womit soll ich heizen, was soll ich brennen, das sind Tagesfragen, die sehr oft nicht gelöst werden können. Dabei handelt es sich einseitig nur um die Brennstoffbeschaffung für das Mittagmahl. Ans richtige Heizen darf ja noch kein Mensch denken. Die Kälte steht vor der Tür, und die Tage werden kürzer und kürzer. Wer weiß Rat und Tat? Wer schafft Hilfe? Man muß bedenken, es sind Deutschlands arbeitende Menschen, die da frieren und im Dunkeln sitzen.

Ein Brot 7,5 Milliarden.

Die vorläufige Wiedereinstellung der Brotkarte.

Auch der gestrige Tag hat der Berliner Brotnot keine Entspannung gebracht. Wie wir bereits in einem Teil der gestrigen Abendausgabe mitteilten, hat das Ernährungsamt der Stadt Berlin aus Anlaß der unerhörten Brothamstereien beschlossen, im Verein mit der Groß-Berliner Bäckerschaft die noch im Besitz der Bevölkerung befindliche Brotkarte der 41. Brotkartenwoche aufzurufen. Ab heute, Mittwoch, den 24. Oktober, darf von den Bäckern nur auf je zwei Abchnitte groß A der erwähnten Brotkarte ein Brot (auf einen Abschnitt A also ein halbes Brot) zu dem jeweils der Preisprüfungsstelle vorgelegten Preise abgegeben werden. — Natürlich hat diese Maßnahme auf den Brotpreis keinen Einfluß. Der Brotpreis wird wieder erhöht und zwar ist er ab heute auf 7,5 Milliarden und für eine Schrippe auf 220 Millionen Markt festgesetzt worden.

Diese neue Erhöhung der Gebäckpreise, die kaum dazu beitragen wird, die erregte Stimmung in der Groß-Berliner Bevölkerung zu beruhigen, ist notwendig geworden durch die ungeheuerlichen Preissprünge, die Roggen- und Weizenmehle gestern an der Produktenbörse zu verzeichnen hatten. Nachmittags gegen 2½ Uhr wurde Mehl noch mit 300 Milliarden gehandelt, während um 5 Uhr nachmittags bereits 460 bis 470 Milliarden für den Doppelpentner verlangt wurden. Diese Preisentwicklung hat es nötig gemacht, den Brotpreis, der ursprünglich auf 6,5 Milliarden festgesetzt war, weiter zu erhöhen. Vertreter des deutschen Bäckergewerbes haben am gestrigen Dienstag im Oberpräsidium die Lage auf dem Mehlmarkt und die aus der rasenden Preisentwicklung sich ergebende Katastrophe der Berliner Bevölkerung eingehend geschildert. Auch im Oberpräsidium war man der Ansicht, daß die Reichsgetreidestelle helfend eingreifen müsse. Die deutschen Bäckereiretreter wollen am Mittwoch morgen dem neuen Reichsernährungsminister die Lage im Reich eingehend schildern und ihm den an anderen Stellen geäußerten Wunsch wiederholen, daß die Reichsgetreidestelle wenigstens vorübergehend aus ihren Beständen Mehl abgeben soll, einmal um die augenblicklich wüßliche Preisgestaltung auf dem Mehlmarkt zu bekämpfen und eine Preisentwässerung herbeizuführen. Auch die Stadt Berlin hat, um dem ungeheuren Mangel an verfügbarem Mehl zu steuern, sich bereit erklärt, aus ihren Beständen 500 Sack zur Verfügung zu stellen. So begründenswert diese Maßnahme auch ist, genügt sie doch nicht entfernt, um den vorliegenden Bedarf auch nur einigermaßen zu

decken. Berlin benötigt wöchentlich zu seiner Brotherstellung 48 000 bis 50 000 Sack Mehl und im Augenblick gibt es keine andere Möglichkeit, den Brotpreis zu stabilisieren, als durch die Abgabe von Getreide und Mehl aus den Beständen der Reichsgetreidestelle.

Im übrigen sollte man sich an den Maßnahmen der Stadt Hamburg ein Beispiel nehmen, die im Zusammenhang mit der sofortigen Einführung eines wertbefähigten Geldes (worüber im politischen Teil berichtet wird) einer Brotverbilligung in der Weise die Wege ebnet, daß die Hamburgischen Backbetriebe durch Mehlbelieferung in die Lage versetzt werden, in der Zeit vom 24. bis 29. Oktober auf die Brotkarte und auf die Brotkarte für Kinder ein Einheitsbrot im Gewicht von 1600 Gramm zum Höchstpreis von 4,2 Milliarden abzugeben. Damit ist der Brotpreis zunächst von den Dollarschwankungen unabhängig gemacht.

Lebensmittelanruhen haben auch gestern stattgefunden. Demonstranten hatten es besonders auf Bäckereien und Schlächtereien abgesehen und warfen teilweise die Waren auf die Straße, wo sich die Menge um Wurst, Fleisch und Backwaren rautte. In vielen Fällen war es der Polizei möglich, einzugreifen. Zahlreiche Verhaftete wurden der Abteilung 1 A des Berliner Polizeipräsidiums zugeführt.

Die Nahrungsmittelversorgung.

Ein Dringlichkeitsantrag unerer Stadtoverordnetenfraktion. In der Berliner Stadtoverordnetenversammlung hat die Sozialdemokratische Fraktion folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht:

„Die Stadtoverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, bei den zuständigen Reichsbehörden mit äußerster Beschleunigung und Energie darauf hinzuwirken, daß die Nahrungsmittelversorgung der Berliner Bevölkerung zu erträglichen Preisen aufrechterhalten bleibt. Insbesondere ist zunächst unter Aufhebung entgegenstehender gesetzlicher Bestimmungen die öffentliche Brotversorgung mit Heranziehung der vorhandenen Vorräte der Reichsgetreidestelle fortzuführen und die Belieferung Berlins mit Kartoffeln sicherzustellen. Des weiteren ersucht die Versammlung den Magistrat im Benehmen mit der preussischen Staatsregierung schleunigst die Volksspielungen auszubauen.“

Die Dollar Kohle.

Das Kohlenamt teilt mit: nach dem amtlichen Dollarkurs vom 23. d. Mts. stellen sich die Verkaufspreise für Briketts und Koks ab 24. wie folgt: Röhren- und Ofenbrandbriketts ab Lager 17 874, frei Keller 18 874 Millionen; Gaskoks ab Lager 37 571, frei Keller 38 721 Millionen. Bei fuhrweiser Lieferung: Röhren- und Ofenbrandbriketts ab Lager 17 874, frei Keller 18 724 Millionen; Gaskoks ab Lager 37 571, frei Keller 38 571 Millionen.

Eine städtische 5-Millionen-Goldmarkanleihe.

Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin gibt bekannt: Die Stadt Berlin plant die Aufnahme einer Anleihe von 5 Millionen Goldmark oder 750 000 t Roggen oder Ausgabe eines entsprechenden Papiermarkbetrages. Die Anleihe soll namentlich dienen für Zwecke der Kanalisation, der Nord-Süd-Bahn, der Betriebskostenerhöhung der Stadthauptkasse, für Straßen- und Brückenbauten, zum Weiterbau von Krankenanstalten und des Krematoriums Dieselmeierstraße und der Bereitstellung von Mitteln für Arbeiten der Hoch- und Tiefbauverwaltung. Die Finanzdeputation hat sich mit der Aufnahme der Anleihe, deren Form und nähere Bedingungen noch festgesetzt werden sollen, grundsätzlich einverstanden erklärt.

Die Schlüsselzahlen für die Eisenbahntarife werden vom Donnerstag, den 25. Oktober ab im Personenverkehr 1½ Milliarden, im Güterverkehr 3 Milliarden betragen.

Die Schloßküche der österreichischen Freundeshilfe kann, wie Frau Dr. Schwarzwald mitteilt, weitere Gäste nicht mehr aufnehmen. Da die vorgegebene Anzahl von tausend Plätzen überschritten ist.

Die Lofotfischer.

Roman von Johan Bojer.

III.

„Mußt du durch das Kirchspiel laufen und die Leute bitten, für ein Bankdarlehen Bürgschaft zu leisten, so ist das ein schwerer Gang.“

Kristaver wand sich und zögerte solange er konnte, aber eines Tages kam ein Schreiben vom Antmann aus dem Fjorddorf: wenn er jetzt nicht umgehend das Boot bezahlte, so würden Leute kommen und es ihm wieder wegnehmen.

An einem kalten, windigen Novembertage machte er sich auf den Weg. Er ging nicht zu Brandt auf dem Lindenhof und auch nicht zu irgendeinem Bauern im großen Dorf, er wollte sich an die Häuser hier draußen in der Nachbarschaft halten; der kleine Mann ist der nächste, dem anderen zu helfen.

Aber schon manche Nacht hatte er wachgelegen und an alle Gefährten gedacht, und diesmal schäkte er sie anders ab als sonst. Der eine ist ein schmutziger Kerl, dem er keinen Dank schulden möchte, ein anderer ein Geizhals, ein Dritter ein Frömmler, der ihn sicherlich unter Hinweis auf Gotteswort vor die Tür setzen würde. Und dann siehst du dieselben im Dunkeln ein Gesicht, das für gewöhnlich nur Fragen, Schreien und Grinsen ist, und an das du dich doch anklammerst. Wenn es darauf ankommt, ist der verlässiger als die meisten anderen.

Draußen am Walde, unterhalb des Lindenhofes, neben einem grauen Viehstall lag ein kleines rotgestrichenes Haus, und hier war seine Schwester mit Elezeus holla verheiratet. Aber die Anverwandten sind nicht immer die ersten, zu denen man seine Zuflucht nimmt, und außerdem war Elezeus einer von denen, die nachrechneten, ob die Frau nicht etwa wieder Söhne und Kaffee brauchte, wenn sie fort waren, und sie oft blau und gelb schlugen. Dennoch konnte ihm keiner lange böse sein, denn unter den Kameraden war er ein leichtlebiger Gesell und ein tüchtiger Kerl im Boot wie bei der Arbeit an Land.

Er war beim Holzhaufen, als Kristaver kam; er nahm ihn gleich mit ins Haus, und heute kam Berit aus der Küche und war weder gelb noch blau. Sie hängte sogar den Kaffeefass über dem Herd auf, obwohl der Mann dabei saß, vor den Fenstern standen Blumen hinter kleinen weißen Gardinen,

und es roch würzig nach Wacholder, der auf den Fußboden gestreut war.

Kristaver saß neben der Tür und rauchte seine Pfeife, und er erzählte Räubergeschichten und lachte und scheute sich immer mehr, sein Anliegen vorzubringen. Und Berit stand dabei und sah ihn an, und er kam ihr wohl etwas merkwürdig vor. Sie war höflich, hatte aber frische Farben, und der dicke Haarknoten im Nacken schimmerte wie Gold. Ja, daß dieses hübsche Weib mit diesem Ziegenbock vorlieb nehmen mußte, nur weil sie als Mädchen Bock gehabt und mit einem anderen Burfchen ein Kind bekommen hatte, das war eine Geschichte für sich.

„Ja, ist denn das wirklich wahr, was die Leute erzählen,“ fragte sie und begann den Tisch zu decken.

„Erzählen? Hatten die Leute denn jetzt etwas Besonderes zu erzählen?“

„Ja, du sollst soviel aus Amerika geerbt haben.“

„Ja? Aus Amerika?“

„Ja, und für das Geld hättest du das Boot gekauft.“

„Ach so. Also auf die Weise! Und nun saß Elezeus da und starrte ihn an, und die weißen Zähne leuchteten in dem braunen Bart, und die Kinntaschen standen vor, und die großen braunen Augen waren ganz trant vor Neugier. Es war zu spießhaft, es war so übermenschlich lustig, daß wieder in Kristaver der Teufel fuhr, und er sie in ihrem Glauben ließ. Amerika, Erbschaft, ja, sonderbar, wie es manchmal geht, mehr wollte er aber jetzt nicht sagen.

Als er nun dasaß und Kaffee trank und Elezeus ihm vorzuschlug, im Winter mit ihm nach dem Lofot zu gehen, da sagte Kristaver, gerade deshalb sei er heute hergekommen, natürlich wolle er ihn mitnehmen.

Aber Elezeus ging weiter und sagte, er habe eigentlich daran gedacht, sich in diesem Jahre die Reize selber anzuschaffen, um seinen ganzen Anteil am Fang zu haben, aber er brauche eine Rauion. — So? Nun ja, Kristaver war sofort bereit, Bürgschaft für ihn zu leisten, das war ja selbstverständlich.

Als er wieder draußen war, fing er an zu lachen. „Ein Brahlhans bist du, ein Brahlhans bleibst du. Du bist doch heute nicht unterwegs, um mit den Leuten deinen Spaß zu treiben!“

Aber drinnen im Hause rannte Elezeus in der Stube auf und ab.

„Da siehst du,“ sagte er zu der Frau, „habe ich nicht recht behalten! Er hat geerbt! Ist es nicht sonderbar, wie es sich

für manche Leute fügt? Es sind vielleicht viele Tausende! Du sollst sehen, er wird sich bald einen großen Hof kaufen und wird im vierräderigen Wagen fahren. He! Du wirst also heute abend hinübergehen und ihn fragen, ob er uns Geld leihen will, damit wir eine Kuh kaufen können.“

„Nein, das tue ich nicht,“ sagte sie, „das mußt du selber tun!“

„Weigerst du dich! Ist das eine Antwort? Nimm dich in acht! Nimm dich in acht!“

Aber Kristaver selber trabte weiter im Nordwind und ging von einem zum anderen und wurde überall abschlägig beschieden.

Selbst ein so wohlhabender Mann wie Andreas Odra, der Bootsführer des „Sturmvogels“, der manches Jahr mit Kristaver zusammen in der Lofothütte gehaust hatte — selbst der sagte nein.

Die Leute dachten wohl, man brauche nicht so groß aufzutreten, wenn man keinen Schilling in der Tasche habe. Ihm warteten die Arie, wenn er wieder ein neues Rein in der Tasche hatte. Er hielt mit der einen Hand den Hut fest und suchte mit der anderen heftig in der Luft, aber er hatte den Tag vor sich und mußte noch manches Rein hinunterschleuden.

Da kam ihm ein Mann mit weißer Jacke, Südwestler und Ziegenbart entgegen. Er hatte die linke Hand in der Hosentasche vergraben und die rechte Schulter etwas vorgeschoben. Das war der Bootsführer vom „Reerleuchten“, das war Per Suzansa.

„Was kreuzt du denn hier im Winde?“ sagte er nälend und hielt an.

„Ja, Kristaver machte einen Spaziergang. Sie blieben stehen — wie es Fischer tun, und blickten über die See hin, die grauweiß vom Nordwinde gepelstet wurde.“

Per Suzansa war dafür bekannt, daß er wie geschmiert lügen konnte; die schlimmsten Geschichten erzählte er mit dem ernstesten Gesicht, und keiner glaube ein Wort. Aber jetzt war er schon über sechzig Jahre, der Ziegenbart war ergraut, vor kurzem war ihm die Frau gestorben, und dabei saß eine unverheiratete Tochter, die bald ein Kind bekommen würde.

Heute sah er richtig alt aus.

Und doch, als sie da so standen — brachte Kristaver es über sich, ihn wegen der Bürgschaft zu fragen.

Und gerade Per, der in letzter Zeit soviel Mißgeschick gehabt hatte, gerade er sagte, da werde sich wohl Rat schaffen lassen. (Fortsetzung folgt.)

